

GEMEINDE HELBRA



BV Gemeinde Helbra öffentlich	Nr.: HEL/BV/239/2019	
	Einreicher:	Der Bürgermeister

Fachdienst Bau- und Ordnungsverwaltung	Verfasser:	Freiberg, Rowena	09.01.2019
AZ:			

Beratungsfolge	Sitzungsdatum
Gemeinderat Helbra	19.02.2019

Antrag der Fraktion Die LINKE im Gemeinderat Helbra sich der Forderung zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen anzuschließen

Beschlussbegründung:

Die Fraktion DIE LINKE stellte zur Gemeinderatssitzung am 29.11.2018 den Antrag zur vorliegenden Beschlussfassung. (siehe Anlage).

Begründung:

In einigen Bundesländern werden keine Straßenausbaubeiträge erhoben. Die Bürger erwarten zu Recht eine bundesweite Gleichbehandlung. Die Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt sind eine Ursache von tiefer Unzufriedenheit der Bürger. Für manchen Bürger geht es an die eigene Existenz. Diese Beitragserhebung ist in den Augen der Bürger ungerecht und unsozial. Die Anwohner können einen vermeintlichen Standortvorteil durch den Straßenausbau nicht nachvollziehen. Straßen werden von allen genutzt und sollten daher auch steuerfinanziert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Derzeit ist die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Kommunalabgabengesetz des LSA geregelt und diese Erhebung verpflichtend.

In einigen Bundesländern wurde diese Verpflichtung abgeschafft bzw. aufgeweicht.

Derzeit beschäftigt sich bereits der Landtag von Sachsen-Anhalt mit diesem Problem und den damit aufgeworfenen Fragen.

Dabei geht es hauptsächlich auch um die Fragen, wie Straßenprojekte zukünftig finanziert werden, wenn keine Beiträge mehr erhoben werden können oder sollen. Beiträge stellen derzeit eine wichtige Mitfinanzierung bei Straßenerneuerungen dar. Eine Folge der Abschaffung ohne andere Finanzierungshilfen wäre, dass Straßen nur noch notdürftig repariert werden und keinerlei grundhafte Erneuerungen mehr stattfinden würden.

Zudem bleibt dann auch die Frage offen, was mit den Erschließungsbeiträgen nach BauGB und Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet passiert, da diese auf Bundesrecht basieren und somit immer noch erhoben werden müssten.

Dies und bereits erhobene Straßenausbaubeiträge stellen eine Gleichbehandlung der Bürger in Frage.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt,

- 1. sich den Forderungen des Verbandes Deutscher Grundstücknutzer nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge anzuschließen. Der Gemeinderat fordert die Präsidentin des Landtages Sachsen-Anhalt, Frau Brakebusch auf, eine zügige Bearbeitung der eingebrachten Gesetzesvorlage zu bearbeiten und ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren, mit dem Ziel der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt, einzuleiten.**
- 2. Der Beschluss ist durch die Verwaltung an die Präsidentin des Landtages Sachsen-Anhalt, Frau Brakebusch, zeitnah weiterzuleiten.**

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt.

Anlagen:

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.11.2018

Beratungsergebnis:

Anwesend:	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung	laut Beschlussvorschlag	abweichender Beschluss